



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 22, No. 6-7/2007

**abgeschlossen am
9. Juli 2007**

	<u>Seite</u>
1. Reform des Einwanderungsrechts im Senat blockiert	1
2. Republikaner verhindern Vertrauensabstimmung über Justizminister	2
3. Senat spricht sich für verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien aus	4
4. Repräsentantenhaus bewilligt Haushalt 2008 für <i>Homeland Security</i>	5
5. Repräsentantenhaus bewilligt Auslandshilfe 2008	6
6. Senatsausschuss verlangt Übergabe von offiziellen Dokumenten	7
7. Präsident ernennt Jim Nussle zum neuen Direktor des OMB	8
8. John Barrasso zum US-Senator für den Bundesstaat <i>Wyoming</i> ernannt	9

1. Reform des Einwanderungsrechts im Senat blockiert

Im Senat hat am 28. Juni 2007 ein Antrag auf Ende der Debatte und Abstimmung über die anhängige Vorlage zur Reform des Einwanderungsrechts (vgl. CR 5/2007, S. 1) die notwendige 60-Stimmen-Mehrheit deutlich verfehlt. Damit ist die weitere parlamentarische Behandlung des von Präsident Bush unterstützten Gesetzgebungskompromisses bis auf weiteres blockiert.

Für eine Beendigung der Debatte stimmten 46 Senatoren, dagegen sprachen sich 53 Mitglieder des Senats aus. 33 Demokraten, 12 Republikaner sowie der parteiunabhängige Senator Joe Lieberman (I-Conn.) votierten für den Antrag. Dagegen sprachen sich 15 Demokraten, 37 Republikaner sowie der parteiunabhängige Senator Bernie Sanders (I-Vt.) aus.

Angesichts der sich klar abzeichnenden Konsolidierung der Blockade-Minderheit von 40 Stimmen und der vehementen Opposition von Teilen der Wählerschaft verzichteten eine Reihe von Senatoren darauf, den Geschäftsordnungsantrag zur Unterbindung des *filibuster* (Verweigerung der Beendigung der Debatte und Abstimmung) zu unterstützen.

Senator Edward Kennedy (D-Mass.), der federführende Vertreter der Vorlage, die demokratische Parteiführung um *Majority Leader* Harry Reid (Nev.) ebenso wie die Bush-Administration zeigten sich sichtlich enttäuscht von dem Scheitern der Beratungen, sind aber in der aktuellen Situation nicht in der Lage, die Opposition von linken Demokraten und rechten Republikanern zu überzeugen.

Die Kritik an der Gesetzgebungsvorlage, die eine drastische Verschärfung der Grenzsicherung mit Legalisierungsoptionen für Arbeitsmigranten ohne gültige Aufenthaltserlaubnis und einem neuen Gastarbeiterprogramm verbindet, setzt an den beiden zentralen Punkten an. Zugeständnisse an konservative Republikaner führen entsprechend zu verstärkter Ablehnung unter linken Demokraten. Zugeständnisse an Demokraten führen umgekehrt zu Widerstand auf republikanischer Seite.

Die Senatsführung um Harry Reid versuchte die Kompromissfindung in dieser schwierigen Konstellation dadurch zu erleichtern, dass sie eine direkte Abstimmung über die Vielzahl von Änderungsanträgen der Senatoren vermied. Stattdessen versuchte sie ein Paket von mehrheitsfähigen Änderungsanträgen zu schnüren, über das der Senat als Ganzes hätte abstimmen sollen. Dieser Versuch scheiterte jedoch an den widersprüchlichen Interessen innerhalb der Fraktionen.

Wenig hilfreich war darüber hinaus die Kampagne konservativer Organisationen, die eine generelle Einschränkung der Einwanderung befürworteten und in der aktuellen Reform primär eine „Amnestie“ für die schätzungsweise über 10 Mio. Ausländer sehen, die ohne Aufenthaltserlaubnis in den USA leben und arbeiten.

Die öffentliche Werbung der konservativen Opposition gegen den Gesetzgebungskompromiss im Umfeld der Abstimmung resultierte in einer Flut von Anrufen und Emails, die die Gruppe der unentschlossenen Senatoren zu einer Ablehnung drängten.

Versuche von Präsident Bush, in privaten Gesprächen mit republikanischen Senatoren eine Mehrheit zu sichern, blieben demgegenüber erfolglos.

Kennedy und Reid zeigten sich bemüht den Eindruck zu zerstreuen, die Vorlage sei nun zumindest bis zu den Wahlen 2008 vom Tisch. Angesichts der Widerstände scheinen die Optionen für eine Wiedervorlage der Reform des Einwanderungsrechts jedoch sehr begrenzt.

Das Repräsentantenhaus will zwar die Beratungen über eine Reform des Einwanderungsrechts noch in diesem Sommer aufnehmen. Ohne eine Vorlage des Senats scheint es jedoch wenig wahrscheinlich, dass eine Mehrheit der Abgeordneten für eine Reform votiert.

Für Präsident Bush und seine Administration droht damit das Scheitern der letzten großen innenpolitischen Initiative seiner zweiten Amtsperiode. Angesichts seiner geringen Popularität scheint er jedoch kaum in der Lage, seine Partei zu Zugeständnissen oder aktiver Hilfestellung bei der Reform des Einwanderungsrechts zu bewegen.

2. Republikaner verhindern Vertrauensabstimmung über Justizminister

Die republikanische Minderheitsfraktion im Senat hat Mitte Juni 2007 verhindert, dass ein von Senator Charles E. Schumer (D-N.Y.) eingebrachter Resolutionsentwurf, der Justizminister Alberto Gonzales das Misstrauen der Kammer ausspricht, zur Abstimmung gebracht werden kann.

Justizminister Gonzales ist in der Affäre um die Entlassung einer Reihe von Bundesstaatsanwälten nach den Wahlen von 2004 durch widersprüchliche Aussagen und eine ungewöhnliche Vielzahl von Erinnerungslücken in den Mittelpunkt der Kontroverse gerückt, die sich um die Frage dreht, ob parteipolitische Gesichtspunkte die Entlassungen motiviert haben (vgl. CR 5/2002, S. 7).

Der Geschäftsordnungsantrag über ein Ende der Debatte über die Schumer-Resolution verfehlte mit 53 gegen 38 Stimmen deutlich die für die Unterbindung eines *filibuster* notwendigen 60 Stimmen.

Für den Antrag stimmten mit der demokratischen Mehrheit jedoch auch sieben republikanische Senatoren, Norm Coleman (Minn.), Olympia J. Snowe (Maine), Chuck Hagel (Neb.), Gordon H. Smith (Oreg.), Arlan Specter (Penn.) und John E. Sununu (N.H.).

Ted Stevens (R-Alaska) und der parteiunabhängige Joseph I. Lieberman (I-Conn.) enthielten sich der Stimme.

Die Kritik an Gonzales reicht in die Reihen der republikanischen Senatsfraktion allerdings noch tiefer als es das Abstimmungsergebnis andeutet. Die Mehrheit der republikanischen Senatoren verweigerte dem Antrag gleichwohl die Zustimmung, weil sie in ihm primär einen parteipolitischen Schachzug sieht.

Präsident Bush, der dem Justizminister sein uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen hat, wiederholte seine Einschätzung, die Misstrauensresolution sei ein reines politisches Theater der Demokraten und entbehre jeglicher Substanz.

Während Gonzales damit einer öffentlichen Bloßstellung durch den Senat entgangen ist, setzen die Demokraten ihre Untersuchungen zu der Affäre unbeirrt fort und halten so den Druck auf den Justizminister aufrecht.

Die Justizausschüsse von Repräsentantenhaus und Senat haben Harriet E. Miers, die frühere Rechtsberaterin des Präsidenten, sowie Sara M. Taylor, eine politische Abteilungsleiterin des Weißen Hauses, vorgeladen, die an den Entscheidungen über die Entlassungen maßgeblich beteiligt gewesen sein sollen.

Die Administration hat allerdings eine reguläre Anhörung von Miers und Taylor vor dem Congress unter Verweis auf das *executive privilege*, das Recht auf Vertrauensschutz von Gesprächen zwischen dem Präsidenten und seinen persönlichen Mitarbeitern, zurück gewiesen.

Stattdessen bot die Administration den Justizausschüssen von Repräsentantenhaus und Senat an, Miers und Taylor für informelle, nichtöffentliche Befragungen verfügbar zu machen.

Die demokratischen Mitglieder des Congress halten demgegenüber daran fest, dass das viel zitierte „*executive privilege*“ keinen absoluten Vertrauensschutz bietet und insbesondere bei der Aufklärung von möglichen Rechtsvergehen nicht zur Anwendung gebracht werden kann.

Die Ausschüsse der beiden Kammern wollen ihr Befragungsrecht gegebenenfalls auf dem Gerichtsweg durchsetzen. Der Pressesprecher des Weißen Hauses, Tony Snow, bezeichnete dies als durchsichtigen Versuch, ein Mediendrama zu inszenieren.

Ein eventueller Gerichtsentscheid ist kaum vor dem Ende der Amtszeit Präsident Bushs zu erwarten. Für die Demokraten bietet die Affäre allerdings unverändert die Möglichkeit, ihre Kritik an der Administration öffentlichkeitswirksam zu präsentieren.

3. Senat spricht sich für verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien aus

Der Senat hat sich am 21. Juni 2007 nach zum Teil scharfer Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Republikanern für ein weit reichendes Energieeinspargesetz (House Resolution 6) ausgesprochen, das die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger vorsieht und verbesserte Verbrauchsstandards für PKW- und LKW-Motoren festlegt. Für die Entscheidung stimmten 43 Demokraten, 20 Republikaner und zwei unabhängige Senatoren. Gegen die Gesetzesinitiative sprachen sich 23 Republikaner und vier Demokraten aus.

Während sich Umweltschutzorganisationen wie *Greenpeace* und der *Sierra Club* für die Verabschiedung der Gesetzesvorlage stark gemacht hatten, meldeten Öl- und Gasproduzenten sowie die Automobilindustrie massive Bedenken an und malten die Gefahr von Wettbewerbsnachteilen und daraus resultierenden Arbeitsplatzverlusten an die Wand.

Das hielt die demokratische Mehrheit im Senat unter Führung von Majority Leader Harry Reid (D-Nev.) jedoch nicht davon ab, neue Energieeffizienzstandards festzuschreiben (vgl. auch CR 1/2007, S. 7).

Im Einzelnen sehen sie unter anderem vor:

- die Stärkung erneuerbarer Energieträger. So müssen bis zum Jahr 2015 in den USA jährlich 15 Mrd. Gallonen Biokraftstoffe (1 Gallone = 3,7853 Liter), vor allem auf Ethanol-Basis produziert werden. Die Produktion dieses Kraftstofftyps soll bis 2022 auf 36 Mrd. Gallonen (136,27 Mrd. Liter) pro Jahr erhöht werden;
- verbesserte Verbrauchsstandards für Benzinmotoren. So müssen die Motoren von PKWs und leichten LKWs ab 2020 einen so genannten *Corporate Average Fuel Economy* (CAFE)-Wert von 35 Meilen pro Gallone Kraftstoff aufweisen. Gegen diese Bestimmung war die amerikanische Automobilindustrie Sturm gelaufen. Sie befürchtet Wettbewerbsnachteile bei der Produktion von *Sports Utility Vehicles* (SUVs) und *Minivans*, konnte sich mit ihrer massiven *Lobbying*-Kampagne jedoch überraschenderweise nicht durchsetzen. Zu groß scheint der Meinungsumschwung der amerikanischen Öffentlichkeit, die angesichts dramatisch gestiegener Energiepreise und des wachsenden Bewusstseins um die Gefahren der Erderwärmung auf einen Kurswechsel drängt;
- eine erhöhte Energieeffizienz für öffentliche Gebäude. Außerdem wird die Bundesregierung ab dem Jahr 2015 dazu verpflichtet, mindestens 15 Prozent ihres Energiebedarfs über erneuerbare Energien zu decken;
- die verstärkte Forschung zur Reduzierung von Kohlendioxid-Emissionen, die für den Treibhaus-Effekt und die Erderwärmung verantwortlich gemacht werden. In diesem Zusammenhang ist es der vom früheren Vizepräsidenten Al Gore geleiteten *Alliance*

for *Climate Protection* gelungen, das öffentliche Bewusstsein für die aus der Erderwärmung entstehenden Gefahren in den USA zu schärfen.

Während sich die Automobil- und Energieindustrie nicht mit ihren Bedenken gegen verschärfte Energiestandards bis zum Jahr 2015 durchsetzen konnte, bleibt die steuerliche Begünstigung alternativer Energieträger im Senat allerdings derzeit noch heftig umstritten.

Der Versuch, ein steuerliches Anreizpaket zur Förderung alternativer Energieträger mit einem Gesamtumfang von 28,6 Mrd. USD zu verabschieden, scheiterte an einem filibuster der republikanischen Minderheitsfraktion. Die Blockade konnte nicht durch eine so genannte *cloture motion* beendet werden, da sich am 21. Juni 2007 nicht die dafür erforderliche Dreifünftel-Mehrheit von 60 Stimmen im Senat fand.

Die demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus unter Führung von Speaker Nancy Pelosi (D-Cal.) hat angekündigt, dass sie noch im Juli über ihre Vorlage zu einem Energieeinspargesetz entscheiden will. Präsident George W. Bush hat das „micromanagement“ des Congress in der Energiepolitik kritisiert und hält vor allem die vom Senat für die US-Automobilindustrie beschlossenen Verbrauchsstandards für Benzinmotoren für problematisch.

4. Repräsentantenhaus bewilligt Haushalt 2008 für *Homeland Security*

Das Repräsentantenhaus hat am 15. Juni 2007 mit 268:150 Stimmen seinen Bewilligungsgesetzentwurf für *Homeland Security* für das Haushaltsjahr 2008 verabschiedet, das am 1. Oktober 2007 beginnt (*House Resolution 2638; House Report 110-182*).

Die Vorlage hat einen Gesamtumfang von 37,4 Mrd. USD und überschreitet die Haushaltsanforderungen der Bush-Administration in diesem Bereich um 2,1 Mrd. USD, was den Präsidenten zu einer Vetodrohung veranlasst hat.

Im Einzelnen sollen unter anderem bewilligt werden:

- 8,8 Mrd. USD für *Customs and Border Protection*;
- 8,4 Mrd. USD für die die Arbeit der *Coast Guard*;
- 7,1 Mrd. USD für die Katastrophenschutzbehörde FEMA (*Federal Emergency Management Agency*).

Außerdem soll der Grenzbefestigungszaun zu Mexiko ausgebaut werden, was insbesondere von republikanischen Abgeordneten wie Ginny Brown-White (R-Fla.) gefordert wurde und schließlich mit 241:179 Stimmen angenommen wurde. Dazu sollen

nach dem Willen des Repräsentantenhauses 89 Mio. USD bewilligt werden. Kontrovers war im Zusammenhang mit der Bewilligung des Haushaltsetats 2008 für *Homeland Security* insbesondere der Umgang mit so genannten earmarks. Das sind Ausgabenfestlegungen von einzelnen Mitgliedern des Congress außerhalb des üblichen Bewilligungsprozesses. Sie stehen in der Regel in keinem direkten Zusammenhang zur eigentlichen Gesetzesvorlage, der sie beigefügt werden. In diesem Haushaltsjahr sind etwa 32.000 einzelne *earmarks* in beiden Kammern des Congress anhängig.

Die Republikaner im Repräsentantenhaus hatten von den Demokraten im Rahmen der Bewilligungsentscheidung für *Homeland Security* verlangt, entsprechend geplante *earmarks* möglichst frühzeitig öffentlich zu machen, um vor der jeweiligen Abstimmungsentscheidung eine größere Transparenz über eine der insgesamt 13 einzelnen Bewilligungsentscheidungen im Hausplenum herzustellen.

Der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Repräsentantenhaus, David R. Obey (D-Wis.), hatte daraufhin vorgeschlagen, die geplanten *earmarks* während der Sommersitzungspause des Congress im *Congressional Record* zu veröffentlichen, was die Republikaner allerdings nicht zufriedenstellte.

Schlussendlich einigte man sich darauf, keine *earmarks* im Rahmen der Haushaltsbewilligung 2008 für den Bereich *Homeland Security* zu erlauben. Dies soll auch im Rahmen der Bewilligung des Haushalts für *Energy and Water* gelten. Bei allen anderen neun einzelnen Bewilligungsgesetzen für 2008 sollen die jeweiligen *earmarks* ausgewiesen werden, *bevor* die jeweiligen Gesetzesvorlagen dem Hausplenum zur Entscheidung überstellt werden.

Nun muss noch der Senat über seinen Bewilligungsentwurf für *Homeland Security* entscheiden, wo 20 Mitglieder der zur Entscheidung stehenden Vorlage *earmarks* in Höhe von etwa 410 Mio. USD hinzugefügt haben.

5. Repräsentantenhaus bewilligt Auslandshilfe 2008

Das Repräsentantenhaus hat am 20. Juni 2007 seinen Bewilligungsgesetzentwurf für die Arbeit des Außenministeriums und die Auslandshilfe (*Department of State, Foreign Operations, and Related Programs Appropriations Act 2008*) verabschiedet. Er hat einen Gesamtumfang von 34,4 Mrd. USD.

Im Einzelnen sind unter anderem vorgesehen:

- 10,8 Mrd. USD für die Aufgaben des Außenministeriums;
- 4,4 Mrd. USD für die globale Initiative zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit *AIDS*;

- 2,65 Mrd. USD für den so genannten *Economic Support Fund*;
- 4,5 Mrd. USD für die Militärhilfe.

Israel und Ägypten, die traditionell zu den größten Empfängern US-amerikanischer Auslandshilfe zählen, sollen nach der Entscheidung des Repräsentantenhauses 2,4 bzw. 1,7 Mrd. USD erhalten.

Allerdings sollen von den Zahlungen an Ägypten 200 Mio. USD so lange zurückbehalten werden, bis das Land sein Rechtssystem verbessert und den Waffenschmuggel in den Gaza-Streifen unterbunden hat.

6. Senatsausschuss verlangt Übergabe von offiziellen Dokumenten

Der Justizausschuss des Senats unter dem Vorsitz von Patrick J. Leahy (Vt.) hat Ende Juni 2007 in offiziellen Schreiben an das Weiße Haus, das Büro von Vizepräsident Dick Cheney sowie das Justizministerium die Übergabe von Unterlagen gefordert, die Aufklärung über geheime Abhörprogramme der National Security Agency (NSA) geben sollen.

Mit diesen schriftlichen Aufforderungen reagiert der Ausschuss nach Angaben von Leahy auf ein permanentes „Mauern“ der Administration in Fragen der kontroversen Abhörprogramme der NSA ohne Gerichtsbeschlüsse, die in einer Artikelserie der *New York Times* Ende 2005 publik gemacht worden waren.

Leahy hatte zusammen mit dem *Ranking Minority Member* Arlen Specter (R-Pa.) das Weiße Haus bereits Anfang Juni 2007 zur Überstellung von Dokumenten aufgefordert, die die rechtliche Begründung der umstrittenen Abhörpraktiken durch die Administration darlegen.

Nach Darstellung von Leahy hat die Administration bisher auf die Anfragen des Justizausschusses schlicht nicht reagiert.

Der Ausschuss beschloss darauf hin mit 13 gegen 3 Stimmen, von seinem Untersuchungsrecht (*subpoena power*) Gebrauch zu machen und die Überstellung offiziell zu verlangen. Drei Republikaner schlossen sich in der Abstimmung der demokratischen Mehrheit an, drei weitere stimmten gegen den Beschluss.

In einer verhaltenen Stellungnahme bedauerte die Administration das „konfrontative“ Vorgehen des Justizausschusses und beteuerte, man sei zu einer offenen und ehrlichen Kooperation bereit, die eine Aufklärung der Hintergründe der Abhörprogramme erlauben werde.

Wie die Administration konkret auf die Aufforderung des Justizausschusses reagieren wird, blieb allerdings bisher offen. Generell neigt die Bush-Administration zu einer

expansiven Geheimhaltungspolitik, die interne Entscheidungsvorgänge einer Untersuchung durch Congress und Öffentlichkeit zu entziehen versucht.

Formell könnte der Justizausschuss, sollte die Administration weiterhin die Übergabe der verlangten Unterlagen verweigern, ein Verfahren einleiten, dass in einer Missachtungs-Resolution (*Contempt of Congress*), einer schweren parlamentarischen Rüge, und letztlich einem Gerichtsverfahren gegen die Administration münden könnte.

Problematischer für die Administration, die kaum noch länger als ein Jahr im Amt verbleibt, ist jedoch, dass die Informationsanfrage mit der Debatte um eine gesetzliche Autorisierung von Abhörprogrammen mit Gesprächsteilnehmern oder Absender in den USA verknüpft ist.

Eine offene Konfrontation mit dem Congress wird voraussichtlich dazu führen, dass die Legislative nicht oder zumindest nur in eingeschränktem Umfang dazu bereit ist, der Administration bei der Ausweitung von Entscheidungsspielräumen in diesem Bereich entgegen zu kommen.

7. Präsident ernennt Jim Nussle zum neuen Direktor des OMB

Präsident Bush hat Mitte Juni 2007 den früheren republikanischen Abgeordneten Jim Nussle zum neuen Direktor des Office of Management and Budget (OMB) des Weißen Hauses und Nachfolger des ausscheidenden Rob Portman ernannt.

Portman, ebenfalls ein früherer republikanischer Abgeordneter, der in beiden Parteien ein hohes Ansehen als sachkundiger und diplomatischer Verhandlungspartner genoss, gab familiäre Gründe für sein Ausscheiden an. Er räumte zudem ein, eine Kandidatur für das Gouverneursamt seines Heimatstaates Ohio zu erwägen.

Im Gegensatz zu Portman gilt Jim Nussle als harter Parteipolitiker, der sich in den frühen 1990er Jahren mit öffentlichen Aktionen zusammen mit dem früheren *Speaker* Newt Gingrich (R-Ga.) den Ruf eines „firebrand“ gegen die demokratische Führung des Repräsentantenhauses erworben hatte.

Die republikanischen Parteispitzen im Congress begrüßten die Ernennung Nussles ohne Einschränkungen und strichen heraus, dass er – wie Portman – für seine konservative Fiskalpolitik bekannt sei und in den Fraktionen geschätzt werde.

Verhaltener fielen demgegenüber die Reaktionen von Seiten der demokratischen Parteispitzen aus, die mit Nussle die in der Regel ebenso langwierigen wie schwierigen Verhandlungen über den Bundeshaushalt führen müssen.

Während die Ernennung Portmanns 2005 als Versuch gewertet wurde, das Verhältnis der Administration zu den damaligen republikanischen Mehrheiten zu verbessern, deu-

tet die Amtsübernahme Nussles an, dass die Administration in ihrer kurzen verbleibenden Amtszeit eher auf einen Konfrontationskurs mit den Demokraten setzt. Nussle soll offensichtlich die konservative Grundhaltung der Administration in der Fiskalpolitik öffentlich herausstreichen.

An der generellen Ausgaben- und Defizitentwicklung auf Bundesebene dürfte die Ernennung Nussles allerdings kaum etwas ändern. Zum einen wird diese wesentlich durch die von der Bush-Administration durchgesetzten Steuersenkungen und neuen Ausgabenprogramme (*No Child Left Behind Act*, Medikamenten-Zusatzversicherung unter *Medicare*) sowie die Kosten der Terrorbekämpfung und des Irak-Krieges bestimmt.

Zum anderen werden sich die neuen demokratischen Mehrheiten kaum von Nussle dazu bewegen lassen, von ihren Prioritäten Abstand zu nehmen, die eher auf eine Ausweitung der Bundesausgaben vor allem im Bereich der Sozialprogramme zielen.

8. John Barrasso zum US-Senator für den Bundesstaat Wyoming ernannt

Der Gouverneur von Wyoming, Dave Freudenthal, hat am 22. Juni 2007 den Republikaner Dr. John A. Barrasso zum US-Senator ernannt. Barrasso tritt die Nachfolge des am 4. Juni verstorbenen Amtsinhabers Craig Thomas an. Der 55-jährige Barrasso ist Chirurg und stammt aus Casper, Wyoming. Er gehörte seit 2002 dem *State Senate* des Staates Wyoming an und setzte sich mit seiner Bewerbung gegenüber Tom Sansonetti, einem Rechtsanwalt und früheren Vorsitzenden der republikanischen Partei in Wyoming, und Cynthia Lummis, einer früheren republikanischen Finanzministerin des Bundesstaates, durch.

Barrasso gilt als sozial konservativ und lehnt Abtreibungsrechte und gleichgeschlechtliche Partnerschaften politisch ab. Seinen Amtseid legte der Republikaner am 25. Juni 2007 ab. Nach eigenen Angaben glaubt er an „limited government, lower taxes, less spending and traditional family values“. Außerdem befürwortet er das Recht auf Waffenbesitz, was ihm eine positive Bewertung der *National Rifle Association* eingetragen hat.

Die Amtszeit von Barrasso gilt bis zum Ende des 110. Congress. Allerdings hat der Senator angekündigt, dass er sich in den Novemberwahlen 2008 um ein Mandat bis 2012 (dem offiziellen Ende der Amtszeit seines verstorbenen Vorgängers Thomas) bemühen will.

Durch die Ernennung Barrassos bleibt die Sitzverteilung im Senat unverändert, wo die Demokraten einen hauchdünnen Vorsprung von einer Stimme besitzen (49 Demokraten und zwei Unabhängige). Es wird allgemein erwartet, dass Barrosso sowohl eng mit der republikanischen Minderheitsfraktion als auch mit seinem Senatskollegen Mike Enzi (R) aus Wyoming zusammenarbeiten wird.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report